

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau

Maßnahmen zur Beförderung des ökologischen Umbaus der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz

**Beschluss des Schülerlandtags vom 15. Juni 2021
(Behandlung entsprechend § 76 Abs. 2 der Vorl. GOLT)**

Der Ältestenrat ist in seiner Sitzung am 5. März 2002 übereingekommen, den sachlich zuständigen Fachausschüssen künftig die entsprechenden Beschlüsse des Schülerlandtags zuzuleiten.

Der den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau betreffende Beschluss des Schülerlandtags ist als Anlage zu Ihrer Information beigefügt.

Anlage

BESCHLUSS

Maßnahmen zur Beförderung des ökologischen Umbaus der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz

Klimapolitik war noch nie so aktuell wie heute, und das liegt vor allem an der aktiven Beteiligung der jungen Generation. Es liegt an uns, etwas zu ändern und deswegen haben auch wir uns dazu entschieden, dieses Thema in die Hand zu nehmen.

Ein großes Problem der Klimapolitik stellen die erhöhten Treibhausgasemissionen dar, an denen wir gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren etwas ändern wollen.

Jede(r), auch die Landwirtschaft, hat ein Interesse daran, unsere Natur und das Klima nachhaltig zu schützen. Alle, die einen Nutzen von der Umwelt haben, sollten auch dafür verantwortlich sein und ein gewisses Interesse haben, diese bestmöglich zu schützen.

Ökologie und Landwirtschaft sind eng miteinander verbunden und ein wichtiger Bereich, an dem ökologisches Bewusstsein und ökonomisches Interesse zusammentreffen. Die Landwirtschaft hat einen großen Wert für Wirtschaft und Gesellschaft, ist jedoch gleichzeitig für einen hohen Anteil der Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich.

Nur ein Beispiel: Fast die Hälfte der deutschen Nutzfläche wird von der Landwirtschaft, die einen großen Teil der Gase erzeugt, bewirtschaftet und dies auch natürlich in einem Bundesland wie Rheinland-Pfalz mit seinem traditionell starken landwirtschaftlichen Sektor.

Dafür ist – gesamtdeutsch gesehen – vor allem ein wichtiger Faktor bedeutend: Die Fermentation und das Wirtschaftsdüngermanagement von Gülle und Festmist, aus denen 62 Prozent der Methan-Emissionen aus ganz Deutschland stammen. Sie entstehen bei den Verdauungsprozessen, aus der Behandlung von Wirtschaftsdünger sowie durch Lagerungsprozesse von Gärresten aus nachwachsenden Rohstoffen der Biogasanlagen. Eine umweltfreundliche Verarbeitung des Wirtschaftsdüngers heißt aber zugleich auch, dass er zu den Verarbeitungsstationen transportiert werden muss, für die man lange Wege zurücklegen muss.

Eine zukunftsfähige und wünschenswerte Landwirtschaft arbeitet im Einklang mit der Natur, sie behandelt – wie heute auch schon – beispielsweise vielfach Tiere besser und nicht nur als Ware.

Sie hat die Verbraucherinnen und Verbraucher im Blick und setzt auf Qualität, Transparenz und regionale Herkunft und verabschiedet sich von der industriellen Massentierhaltung.

Sie versucht die Treibhausgase zu verringern, die schädlich für unseren blauen Planeten sind. Eine umweltfreundliche Landwirtschaft wird von Bürgerinnen und Bürgern, Familien und Kindern geschätzt, da sie unserem Planeten so eine Zukunft bietet.

Deshalb fordert der Schüler-Landtag, dass auf bundes- wie auch auf landespolitischer Ebene Maßnahmen getroffen werden müssen, die der Verringerung der Treibhausgasemissionen und der ökologischen Transformation der Landwirtschaft dienen:

Im Einzelnen bedeutet dies

- a) die Integration des landwirtschaftlichen Sektors in das bundesweit bestehende System des CO₂-Zertifikatehandels,
- b) die steuerliche Förderung modernster Gülleaufbereitungsstationen in Rheinland-Pfalz zur Reduktion der Stickstoff- und Phosphatfreisetzung in Rheinland-Pfalz um 70 Prozent (bis 2030) im Vergleich zum Basisjahr 2000,
- c) die bundeseinheitliche steuerliche Gleichbehandlung von Milchprodukten und Milchersatzprodukten durch die Reduzierung des Steuersatzes für bspw. Soja- oder Hafermilcherzeugnisse auf 7 Prozent,
- d) die Verkürzung der Kontrollintervalle der Massentierhaltungen durch staatliche Behörden von derzeit durchschnittlich 17 Jahre auf drei Jahre.